

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 74. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 31. Januar 2019

### 1. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet und  
Kathrin Anklam-Trapp  
(SPD)**

#### **Runder Tisch zur flächendeckenden Schlaganfallversorgung in Rheinland-Pfalz**

Laut aktueller Presseberichterstattung haben sich die Krankenhäuser und Krankenkassen vergangene Woche auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt, um die Abrechnungsstreitigkeiten bei der Schlaganfallversorgung beizulegen und die Schlaganfallversorgung in Rheinland-Pfalz auch weiterhin flächendeckend und auf hohem Niveau sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Hintergrund haben die Klagen der Krankenkassen zur Schlaganfallversorgung bei den Sozialgerichten?
2. Welche Rolle hat die Landesregierung zur Lösung der Problematik gespielt?
3. Wie bewertet die Landesregierung das Ergebnis des Runden Tisches?

### 2. Abgeordnete

**Matthias Lammert und  
Gordon Schnieder (CDU)**

#### **Distanz-Elektroimpulsgeräte für kommunale Vollzugsdienste**

Die Oberbürgermeister der fünf größten rheinland-pfälzischen Städte haben den Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten für den kommunalen Vollzugsdienst gefordert (Rhein-Zeitung, 28. Januar 2019).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung hat der kommunale Vollzugsdienst für die Landesregierung in der Sicherheitsarchitektur des Landes Rheinland-Pfalz?
2. Mit welcher Begründung haben die Oberbürgermeister Distanz-Elektroimpulsgeräte für ihre Vollzugsdienste gefordert?
3. Wie viele Elektroimpulsgeräte müssten beschafft werden, um die kommunalen Vollzugsdienste dieser Städte bedarfsgerecht auszustatten?
4. Wird die Landesregierung die Forderung der Oberbürgermeister unterstützen?

### 3. Abgeordnete

**Joachim Paul und  
Michael Frisch (AfD)**

#### **Kritik des Landeselternbeirates an der Realschule plus**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat sich die mit Einführung der Realschule plus verbundene Erwartung der Landesregierung erfüllt, „möglichst viele Schülerinnen und Schüler zu guten und höheren Bildungsabschlüssen zu führen, um den zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken“ (so die damalige Bildungsministerin Doris Ahnen in der FAZ vom 30. Oktober 2007)?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Einschätzung des Landeselternbeirates, die Realschule plus sei ein „Desaster auf allen Ebenen“?
3. Wie erklärt sich die Landesregierung diese Einschätzung?
4. Sieht die Landesregierung bei der Realschule plus Verbesserungsbedarf und falls ja, in welchen Bereichen?

**4. Abgeordnete**  
**Thomas Roth und**  
**Monika Becker (FDP)**

**„Schwarzfahren“ als Ordnungswidrigkeit**

In den vergangenen Tagen hat der rheinland-pfälzische Justizminister Herbert Mertin ange-regt, das sogenannte „Schwarzfahren“ künftig als Ordnungswidrigkeit zu behandeln. Aus Sicht des Ministers würde dies zu einer Entlastung der Justizbehörden führen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Schwarzfahrer verbüßen eine Haftstrafe in rheinland-pfälzischen Gefängnissen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Verhängung der Ersatzfreiheitsstrafe in Fällen der Beförderungerschleichung nach § 265 a Strafgesetzbuch?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die in den Medien veröffentlichte Forderung der Berliner Generalstaatsanwältin, Schwarzfahren zukünftig nicht mehr zu bestrafen und den Tatbestand zu streichen?
4. Hält die Landesregierung die Einstufung als Ordnungswidrigkeit für ausreichend?

**5. Abgeordnete**  
**Andreas Hartenfels und**  
**Pia Schellhammer**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Feinstaub und Stickoxide: Diskussion um die Grenzwerte**

Nachdem Lungenfachärzte kürzlich die Grenzwerte für Stickoxide (NO<sub>x</sub>) und Feinstaub für die Außenluft infrage stellten, ist eine Debatte über die Risiken und Nebenwirkungen der Schadstoffe und deren verträgliches Maß in der Atemluft entflammt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Auf welcher Grundlage sind die aktuell für die Bundesrepublik geltenden Grenzwerte für NO<sub>x</sub>- und Feinstaubkonzentrationen in der Außenluft entstanden?
2. Wie verhalten sich die in Deutschland bestehenden NO<sub>x</sub>-Grenzwerte im Vergleich zu anderen Staaten?
3. Würden aus umweltpolitischer Sicht die Grenzwerte eingehalten, wenn die Hersteller sich an die gesetzlichen Vorgaben gehalten hätten?

**6. Abgeordnete**  
**Horst Gies,**  
**Michael Billen und**  
**Arnold Schmitt (CDU)**

**Ausbreitung der Blauzungenkrankheit**

Die für Rinder und andere Tiere gefährliche Blauzungenkrankheit ist erstmals seit zehn Jahren wieder in Rheinland-Pfalz nachgewiesen worden.

Die Viruskrankheit wurde nach Angaben des Landesuntersuchungsamts Rheinland-Pfalz zunächst in einem Rinderbestand im Kreis Trier-Saarburg entdeckt und breitet sich weiter aus. Rheinland-Pfalz wurde zum Sperrgebiet erklärt, was die Viehalter massiv unter Druck setzt, da der Handel mit für die Krankheit empfänglichen Tieren eingeschränkt ist.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist in Rheinland-Pfalz genügend Impfstoff vorhanden, damit alle Tiere geimpft werden könnten?
2. Wie steht die Landesregierung zur Impfpflicht?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung in die Wege geleitet, um die zukünftige Ausbreitung der Seuche so gering wie möglich zu halten?
4. Der Transport von Rindern, Schafen und Ziegen wird für längere Zeit eingeschränkt. Was sind die Empfehlungen der Landesregierung an die betroffenen Landwirte?

**7. Abgeordnete**  
**Daniel Schäffner und**  
**Martin Haller (SPD)**

**Runder Tisch Mobilfunk**

Am 24. Januar 2019 hatte Ministerpräsidentin Malu Dreyer Vorstandsvertreter von Vodafone, Telefonica und Telekom eingeladen, um sich über den aktuellen Stand der Ausbau-planungen für den Mobilfunk in Rheinland-Pfalz informieren zu lassen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Ausbaupflichtungen aus der Frequenzversteigerung gibt es für die Mobilfunk-anbieter in Rheinland-Pfalz?
2. Welche konkreten Vereinbarungen wurden mit den Vertretern der Mobilfunkanbieter verabredet?
3. Mit welchen Instrumenten will die Landesregierung auf Bundesebene erreichen, dass der Bund seiner Aufgabe einer flächendeckenden Versorgung mit Telekommunikations-dienstleistungen nachkommt, auch im Hinblick auf den neuen Standard 5G?
4. Plant die Landesregierung weitere Gespräche in diesem Format?

**8. Abgeordneter**  
**Uwe Junge (AfD)**

**Schwarzfahrer in Rheinland-Pfalz**

Laut Medienberichten vom 24. Januar 2019 wird ein vom Berliner Senat erarbeiteter Gesetzentwurf zur Entkriminalisierung von Schwarzfahrern neben dem rheinland-pfälzischen Justizminister Herbert Mertin (FDP) auch vom Richterbund unterstützt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Schwarzfahrer wurden zwischen 2015 und 2018 in Rheinland-Pfalz (Stichtag 31. Dezember 2018) wegen Beförderungerschleichung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt (bitte aufschlüsseln nach Erst- und Mehrfachtätern)?
2. Ist die Zahl der Schwarzfahrer in den Jahren 2015 bis 2018 gesunken oder gestiegen?
3. Wie hoch waren die im genannten Zeitraum gezahlten Strafen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
4. Wie hoch ist der durch das Schwarzfahren entstandene Schaden, der seitens der Verkehrsbetriebe auf die Kommunen im genannten Zeitraum umgelegt wird?

**9. Abgeordnete**  
**Marco Weber und**  
**Steven Wink (FDP)**

**„Kompetenznetzwerk – Digitale Landwirtschaft“**

Am 17. Januar 2019 hat das rheinland-pfälzische Landwirtschaftsministerium bekannt gegeben, dass die Länder Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und das Saarland das gemeinsame „Kompetenznetzwerk – Digitale Landwirtschaft“ gründen wollen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welches Ziel beabsichtigt die Landesregierung mit der Gründung des Kompetenznetzwerks?
2. Welche Synergien erwartet die Landesregierung von der Kooperation?
3. Welche Erfahrungen kann die Landesregierung in das Netzwerk einbringen?

**10. Abgeordnete**  
**Pia Schellhammer**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Onlinewache stärkt digitale und bürgernahe Polizeiarbeit in Rheinland-Pfalz**

Seit etwa einem Monat bietet die Onlinewache Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Strafanzeigen online zu erstatten. Fälle von Sachbeschädigung, Diebstahl oder Betrug können der Polizei von zu Hause aus oder von unterwegs gemeldet werden, ohne dass ein Gang zur Polizeidienststelle notwendig ist. Des Weiteren können durch die Onlinewache Hinweise an die Polizei gegeben oder Lob und Beschwerden geäußert werden. Damit leistet die Onlinewache einen wichtigen Beitrag für eine digitale und bürgernahe Polizeiarbeit.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Strafanzeigen sind bei der Polizei in Rheinland-Pfalz durch die Onlinewache seit ihrer Freischaltung eingegangen?
2. Wie viele Hinweise wurden an die Polizei in Rheinland-Pfalz durch die Onlinewache seit ihrer Freischaltung gegeben?
3. Wie viele Eingaben an Lob und Beschwerden wurden der Polizei in Rheinland-Pfalz durch die Onlinewache seit ihrer Freischaltung übermittelt?
4. Welche Effekte kann die Erweiterung der Anzeigemöglichkeit auf die polizeiliche Kriminalstatistik haben?

**11. Abgeordnete**  
**Dr. Peter Enders und**  
**Dr. Christoph Gensch**  
**(CDU)**

### **Rückgang der Zahl der Organspender in Rheinland-Pfalz gegenüber bundesweit deutlich höherer Spenderzahl**

Nach aktuellen Informationen der Deutschen Stiftung Organtransplantation ist die Zahl der Organspender 2018 in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, während auf Bundesebene eine Steigerung von knapp 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit setzt sich mit dem Rückgang der Zahl der Organspender in 2018 die seit 2010 anhaltend rückläufige Entwicklung in Rheinland-Pfalz fort?
2. Wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklung?
3. Wie kann es gelingen, eine Trendwende zugunsten der auf ein Spenderorgan angewiesenen Patientinnen und Patienten herbeizuführen?
4. Wie viele Patientinnen und Patienten stehen in Rheinland-Pfalz auf der Warteliste für eine Organübertragung?

**12. Abgeordnete**  
**Anke Beilstein und**  
**Thomas Barth (CDU)**

### **Zukunft der Realschule plus**

Elternvertreter haben jüngst darauf aufmerksam gemacht, dass Realschulen plus von der Landesregierung zunehmend mit Aufgaben belastet würden, ohne gleichzeitig in ausreichendem Maße für diese Aufgaben ausgestattet zu werden (Triererischer Volksfreund, 21. Januar 2019).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Schüler verändert, die eine Realschule plus besuchen?
2. Wie hat sich der Anteil an Schülern der Sekundarstufe I in den vergangenen fünf Jahren verändert, die jüngst aus dem Ausland zugezogen sind oder die einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben und an einer Realschule plus unterrichtet werden?
3. Wie hat sich der Anteil an Schülern in den vergangenen fünf Jahren verändert, der nach der Grundschule auf eine Realschule plus, eine Gesamtschule, auf eine Förderschule oder auf ein Gymnasium gewechselt ist?
4. Sieht die Landesregierung angesichts der sehr unterschiedlichen personellen und organisatorischen Voraussetzungen von Realschulen plus und Gesamtschulen bei vergleichbarer Schülerschaft die Notwendigkeit, Realschulen plus und Gesamtschulen personell und organisatorisch zukünftig gleich zu behandeln?

**13. Abgeordnete**  
**Simone Huth-Haage und**  
**Marion Schneid (CDU)**

### **Konsequenzen des ZEW Gutachtens zu familienpolitischen Leistungen für die Familienpolitik der Landesregierung**

Das Gutachten des ZEW in Zusammenarbeit mit der Bertelsmannstiftung „Kommt das Geld bei den Kindern an?“ hat nachgewiesen, dass familienpolitische Geldleistungen auch von einkommensschwachen Familien nicht für gesundheits- oder bildungsschädlichen Konsum verwendet werden, sondern direkt den Kindern zugutekommen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse dieser Studie?
2. Sieht die Landesregierung, wie die Studie auch, erhebliche bürokratische Einsparpotenziale, wenn Sachleistungen im Sinne der Eigenverantwortung von Familien in familienpolitische Geldleistungen umgewandelt werden?
3. Revidiert die Landesregierung ihre Ablehnung von zusätzlichen familienpolitischen Geldleistungen?
4. In welchen Bereichen könnte sich die Landesregierung eine Ausweitung familienpolitischer Geldleistungen vorstellen?

**14. Abgeordnete****Jutta Blatzheim-Roegler  
und Pia Schellhammer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Neue Perspektiven für die Reaktivierung der Aartalbahn?**

Die Reaktivierung des Schienenpersonennahverkehrs der Aartalbahn auf rheinland-pfälzischem Gebiet zwischen Diez und Hahnstätten ist ausdrücklicher Wunsch der Koalitionspartner der Landesregierung und Bestandteil des Koalitionsvertrags. Seit dem Jahresbericht 2018 des Landesrechnungshofs ist jedoch wiederholt über Fragen der Wirtschaftlichkeit diskutiert worden. In der schriftlichen Berichterstattung zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 14. August 2018 verwies Herr Staatsminister Dr. Volker Wissing auf laufende Gespräche mit der Firma Schäfer Kalk über die Möglichkeiten des Güterverkehrs. Des Weiteren verwies er auf Gespräche mit der hessischen Landesregierung, um vor dem Hintergrund der geplanten City-Bahn von Mainz/Wiesbaden bis Bad Schwalbach eine durchgehende Reaktivierung der Bahnstrecke von Diez über Hahnstätten bis Bad Schwalbach zu prüfen. Im neuen Koalitionsvertrag der hessischen Landesregierung für den Zeitraum 2019 bis 2024 ist nun festgehalten worden, dass u. a. die Aartalbahn umgesetzt werden soll, um die Mobilität in ländlichen Räumen weiter zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand der Gespräche mit der hessischen Landesregierung zur Aartalbahn?
2. Wie bewertet die Landesregierung das ausdrückliche Ziel im Koalitionsvertrag der hessischen Landesregierung, die Aartalbahn umsetzen zu wollen?
3. Welche Vorteile bzw. Synergieeffekte sieht die Landesregierung in einem Ausbau der Schienenstrecke bis Bad Schwalbach auf hessischer Seite?
4. Zu welchen weiteren Erkenntnissen mit Blick auf die Aartalbahn ist die Landesregierung seit August 2018 bezüglich der Aussagen des Landesrechnungshofs, der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und anderen relevanten Aspekten gelangt, welche die Reaktivierungspläne unterstützen (können)?